Freitag, 29. Mai 1925 · 73. Jahrgang Nr. 251

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,10 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 11gespaltene Zeile 70 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 48—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4907 bis 4908. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 394, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 127, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 146.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Schiffbauerdamm 4, Rosenthaler Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 153, Badstr. 61, Königstr. 56—57, Rosenthaler Str. 44, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Yorkstrasse 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25—26, Kaiserdamm 29, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Curtiusstr. 1—3; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93—94, Kaiser-Friedrich-Str. 247—48, Pankow: Borussiastr. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 35—36, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130, Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Luther-Str. 9; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 85, Kaiserplatz 13; Zehlendorf: Weissenseer Str. 31—32, Oberwiek: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Painlevés große Marokkorede

Die Verteidigung der französischen Politik — Maginot und seine Gruppe für die Regierung

Paris, 28. Mai.

Die heutige Kammersitzung, welche den Schluß der Debatte bringen soll, wird wahrscheinlich erst in der Nacht zu Ende gehen.

Die Tribünen der Kammer sind beim Beginn der Sitzung bei weitem nicht so gefüllt, wie am ersten Tage der Debatte. Auch im Halbrund der Deputierten sind viele Plätze leer. Auf der Regierungsbank sitzen Painlevé und Briand.

Als erster Redner geht der frühere Kriegsminister Maginot auf die Tribüne. Schon bei den ersten Sätzen beginnen die Kommunisten eine lärmende Opposition, die den Kammerpräsidenten Herriot zu energischem Eingreifen nötigt.

Maginot erklärt, er wolle nicht als Parteimann sprechen, sondern als guter Franzose. Die Tagesordnung, welche die Vertreter des Linkskartells ausgearbeitet hätten, sei maßvoll und würdig. Da diese Tagesordnung dem nationalen Interesse nicht widerspricht, würden er und seine Freunde für sie stimmen. (Lärm und Gelächter bei den Kommunisten.) Maginot fährt fort: Ich habe als Kriegsminister im April 1924 den Marschall Lyautey dazu autorisiert, die Uergha-Linie zu besetzen. **Der Marsall hat also in voller Uebereinstimmung mit der Regierung Poincaré und, wie ich wohl hinzufügen darf, mit allen folgenden Regierungen gehandelt.** In der Marokkofrage darf es keine Majorität oder Minorität geben.

Meine Freunde und ich werden für die von der Regierung angenommene Tagesordnung stimmen, und wir fordern die anderen Parteien auf, diese Tagesordnung nicht durch Debatten abzuschwächen.

Nach einer Pause von 15 Minuten beginnt die Rede des Ministerpräsidenten Painlevé. Er sagte: **Ich möchte mit der Erklärung beginnen, daß die Regierung genau so wie Herr Renaudel Absichen vor jedem Kriege hat.** Die Regierung ist nicht gewillt, in einem unnützen und sinnlosen Abenteuer auch nur einen französischen Soldaten zu opfern. (Beifall.)

Wer mich kennt der weiß daß ich den Krieg nicht predige. **Aber wir müssen uns wehren, und wir sind zur Abwehr bereit, ohne daß wir unser Gebiet auch nur um einen Meter überschreiten wollen.** Wir sind zur Abwehr bereit aber wir sind auch dazu bereit, den Rifleuten die Möglichkeit zu geben, sich alles Notwendige zu verschaffen.

Wir wollen nicht, daß sie hungern, aber wir halten es für richtiger, daß sie das Getreide, das sie brauchen, kaufen anstatt es zu stehlen.

(Beifall.) Painlevé erinnert daran, daß die Kammer den Aktionsplan des Marschalls Liautheygebilligt hat.

Herr Renaudel hat den Wunsch ausgesprochen, die Zahl der Truppen zu erfahren, die jetzt in Marokko im Kampf stehen. Ich kann diesen Wunsch in einer öffentlichen Rede nicht erfüllen. Aber ich bin bereit, die nötigen Aufklärungen in den Kommissionen zu geben. Selbstverständlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit, die für die Maßnahmen dieser Art notwendig ist, und unter der Voraussetzung, daß alle Mitglieder der Kommissionen sich bei ihrer Ehre verpflichten, Diskretion zu wahren. Ich will aber wenigstens andeuten, daß die Truppen nicht erheblich die Mannschaftsbestände von 1914 oder 1921 an Zahl überschreiten. Der Marschall Lyautey hat, wie ich ihm hier bezeugen will, das Interesse Frankreichs niemals aus den Augen verloren. Nun soll ich sie über unsere Verluste informieren. Wir haben bisher noch nicht 400 Tote, von denen drei Fünftel zu den Eingeborenentruppen gehören, und wir haben ungefähr 1100 Verwundete.

Kammerpräsident Herriot: Ich bitte die Kammer, ihre Einwendungen nicht durch Protest und Lärm auszudrücken, sondern in stiller Bewegung der Soldaten zu gedenken, die in Marokko für die Ehre Frankreichs gefallen sind. (Lebhafter Beifall auf den meisten Bänken des Hauses, die Deputierten, mit Ausnahme der Kommunisten, erheben sich.) Herriot fährt fort: Wir wollen gleichzeitig den Verwundeten von Herzen eine schnelle Genesung wünschen. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause. Unterbrechungen bei den Kommunisten.)

Ministerpräsident Painlevé: Die Regierung schließt sich den Worten des Herrn Kammerpräsidenten an. Auch die Regierung gedenkt mit Trauer der Tapferen, die für die Sache Frankreichs und für die Zivilisation in Marokko gefallen sind. (Die Kommunisten: Nieder mit dem Krieg!)

Painlevé: Es ist auffallend, daß gerade eine Partei, welche den Bürgerkrieg auf ihre Fahnen schreibt, diesen Absichen vor jeden anderen Krieg in so lärmender Weise äußert.

Painlevé erklärt noch einmal, daß die Operationen, die im Gange sind, keinen anderen Zweck haben, als die Zurückdrängung der Truppen Abd-el-Krims ins Rifgebiet und dem Schutz der französischen Zone. Sobald dieser Erfolg erreicht ist, wird der Krieg zu Ende sein. Wenn Frankreich im Kriege ist, dann hat es kein anderes Kriegsziel als die Sicherung des Friedens und die Ideale, denen es im Frieden dient."

Der Kommunist Berthan: Es genügt nicht daß die Regierung Worte des Friedens spricht, die Regierung muß auch den Frieden wollen. Es gibt Franzosen, die sehr vorteilhafte Waffengeschäfte mit den Vertretern Abd-el-Krims abgeschlossen haben. (Auf verschiedenen Bänken des Hauses ruft man: Namen nennen!) Berthon: **Die Bank, die in Paris den Kontrakt mit Mohammed Abd-el-Krim abgeschlossen hat, ist die Banque Guet, Rue St. Lazare Nr. 80.**

Schnelldienst

Die auf den Stichtag des 27. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 20. Mai (132,9) um 0,6 v. H. auf 133,4 gestiegen.

In einem Runderlasse des preußischen Ministers des Innern und des Finanzministers wird den Gemeinden dringend empfohlen, Flugveranstaltungen in jedem Falle von der Vergnügungssteuer freizulassen.

Auf Grund des Gesetzes vom 21. März 1925 (Reichsgesetzblatt II, S. 115) ist der Beitritt des Reichs zu dem Madrider Abkommen, betreffend die Unterdrückung falscher Herkunftsangaben auf Waren, erklärt worden.

In der Zeit vom 1. bis 15. Mai hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge — die nicht zu verwechseln ist mit der größeren Zahl der Erwerbslosen überhaupt — von 320 000 auf 274 000, d. h. um rund 14 Prozent vermindert.

Die deutsche Reichsregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes elf zwischen Deutschland und Polen in den letzten Jahren geschlossene Abkommen zum Zwecke der Veröffentlichung und Registrierung übermittelt.

Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Casablanca (Marokko) hat die französische Polizei dort gestern 6 Kommunisten verhaftet, die beschuldigt werden, antimilitaristische Druckschriften verfaßt zu haben.

Um Polnisch-Oberschlesien

Die Borsigs als Versackungspolitiker — Das Großkapital ist international — Deutschlands Hilfe

Von

Dr. Alfred Förster

In die schleppenden Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands mit Polen spielt das Problem des polnisch gewordenen Oberschlesiens hinein. Hier wohnen fast eine halbe Million Deutscher: Die Bewohner der Städte und die qualifizierte Arbeiterschaft vom Vorarbeiter bis zum Generaldirektor. Sie sind in der Wojwodschaft Oberschlesien auch nach den schweren Abstimmungskämpfen geblieben. Sie leiden unter der entsetzlich schweren Konjunktur, sie werden von den Polen mit allen Schikanen einer raffinierten Nationalitätenpolitik, die alle Einzelheiten des täglichen Lebens ergreift und darum maßlos erbittert.

In ihrer wirtschaftlichen Not wenden sie ihre Augen zurück nach Deutschland. Am 15. Juni laufen die Kontingente für den Handel Oberschlesiens mit Deutschland ab. Werden sie nicht verlängert, so wird die schwere Wirtschaftslage noch schwerer, der Exportüberschuß Oberschlesiens kann nicht abfließen.

Die deutsche Regierung wird den Wünschen des deutschen Oberschlesiens gern weit entgegenkommen. Wie bei den Genfer Verhandlungen über den Minderheitenschutz der oberschlesischen Deutschen, weist sie auch bei den Handelsvertragsverhandlungen den Gedanken von sich, diese nationalen Interessen des polnischen Ostoberschlesiens den kleindeutschen oder ausschließlich und engherzig westoberschlesischen Interessen zu opfern. Sie begegnet dabei starken industriellen Widerständen. Die Herren von Borsig sind zum Beispiel alle durch die Bank deutschnational bis auf die Knochen; aber sie sind — ihre Interessen liegen ausschließlich in dem deutsch gebliebenen Westoberschlesien — erbitterte Gegner jeder weiteren Kontingentsgewährung zugunsten des polnischen Ostoberschlesiens. Sie bemänteln diese radikale Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen mit der Theorie, daß das Deutschtum des polnischen Oberschlesiens nicht zu retten sei und daß seine Stärkung in Wahrheit nur den polnischen Einfluß stärke. Diese oberschlesischen Versackungspolitiker unter schwarzweißroter Fahne sind aus sichtlich egoistischem Wirtschaftsinteresse bereit, jeden tatsächlichen Anspruch Deutschlands auf eine Wiedergewinnung des polnisch gewordenen Oberschlesiens zu opfern — sie, die im Reichstag und in der Presse nicht stürmisch genug die Revision der jetzigen deutschen Ostgrenze verlangen können. Alles reiner Schwindel!

Auf der anderen Seite ist das Kapital der Schwerindustrie im Gegensatz zu den Menschen Ostoberschlesiens auch alles andere als national bewußt. Niemand verlangt, daß die polnischen Kapitalisten deutscher Sprache in Ostoberschlesien gegen ihr neues Vaterland Hochverrat begehen sollen. Aber von diesem Extrem zum anderen Extrem der nationalen Würdelosigkeit und glatten Verrats aller nationalpolitischen Interessen des Deutschtums ist doch ein weiter Weg. Einige Industriewerke haben mit den Polen ihr Auskommen gefunden, ohne jede Erinnerung an die frühere deutsche Reichsbürgerschaft als Ausstellung eines schlechten Leumundszeugnisses anzusehen. Wenn die einen ihre Nationalität bekennen konnten, warum haben die anderen sie verleugnet? Ein Beispiel nur für viele! Artikel III des Genfer Protokolls gibt den Industriewerken Polnisch-Ostoberschlesiens das Recht, sich gegen gesetzliche — also nicht administrative — Unbilligkeiten der polnischen Regierung Beschwerde führend an das Schiedsgericht zu wenden. Dieselben Herren, die sonst eine mimosenhafte nationale Empfindlichkeit vortäuschten, dieselben Herren haben von diesem Rechte der Genfer Konvention, die der erste Versuch einer Kodifizierung des Minderheitenrechtes ist, niemals Gebrauch gemacht.

Aus diesen Gründen läßt sich auch nicht von einem deutsch polnischen im Gegensatz zu nationalpolnischen

Der Reichsrat schützt das Unrecht

Eintreten für die Urteile der bayerischen Volksgerichte

Gegen den Beschluß des Reichstages über die Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens gegen über Urteilen der bayerischen Volksgerichte beschloß der Reichsrat mit Mehrheit, auf Grund des Vorschlages seiner Ausschüsse Einspruch zu erheben. In den Ausschüssen hatte die Mehrheit „verfassungsrechtliche Bedenken" und konnte außerdem nach Aufhebung der Volksgerichte ein hinreichendes praktisches Bedürfnis zur Wiederaufnahme des Verfahrens nicht mehr anerkennen. Schließlich war auch der politische Gesichtspunkt maßgebend, daß Bayern in dem Beschluß des Reichstages einen Eingriff in seine Justizhoheit erblickt.

*

Ein praktisches Bedürfnis für die Wiederaufnahme des Verfahrens wäre dann als nicht vorliegend anzusehen, wenn mit der Aufhebung der Volksgerichte auch die von ihnen verkündeten Urteile für null und nichtig erklärt worden wären. Das ist jedoch nicht der Fall, und deshalb besteht ein sehr dringendes, für die von dieser Art Justiz Betroffenen sogar außerordentlich praktisches Interesse daran, daß die Urteile der bayerischen Reaktionsgerichte nachgeprüft werden, die zehnmal aufreizender sind als ungerechte Urteile eines Revolutionsgerichtes, weil sie nicht in der Leidenschaft politisch bewegter Zeit sondern aus eiskalten Rachegefühlen heraus mit voller Ueberlegung gefällt wurden.

Sehr interessant wird die weitere Entwicklung der Angelegenheit sein. Nach dem Einspruch des Reichsrats geht die Vorlage an den Reichstag zurück. Es ergeben sich nun folgende Möglichkeiten: Der Reichstag lehnt die Vorlage gleich dem Reichsrat ab. Dann ist sie endgültig erledigt, wenn der Reichspräsident von seinem Recht, einen Volksentscheid über die Annahme herbeizuführen, keinen Gebrauch macht. Das Gleiche gilt, wenn der Reichstag das Gesetz mit einfacher Mehrheit annimmt. Beschließt der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats, so hat der Reichspräsident das Gesetz binnen drei Monaten in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu verkünden oder den Volksentscheid anzuordnen.

Kommt die Zweidrittelmehrheit für Annahme des Gesetzes im Reichstag nicht zustande, so wird der Reichspräsident Hindenburg bei diesem Konflikt zwischen Reichsrat und Reichstag vor die Frage gestellt sein, ob er die bayerische Rachejustiz billigen oder durch einen Volksentscheid dem Recht zum Siege verhelfen soll, wie er in seiner Proklamation nach der Vereidigung zugesagt hat.

Der Kurdenführer Scheich Said mit seinem Sohn

*

Wie die Anatolische Telegraphen-Agentur meldet, wurde Scheich Said, der Führer der kurdischen Aufständischen, vor dem Unabhängigkeitsgericht in Diarbekir verhört.